

Ein interessantes Dokument aus Napoleons Tagen

(Liechtenstein als Mitglied eines Militärbündnisses)

Beim Studium von Urkunden im Geheimen Staatsarchiv in München fiel mir die Abschrift des Vertrages der sogenannten «Kleinen Allianz» in die Hand, die am 27. April 1815 gegen Napoleon geschlossen wurde. Bisher wurde nicht beachtet, dass Liechtenstein Mitglied dieses Militärbündnisses gewesen ist. Da es sich offenkundig um einen Akt des Wiener Kongresses handelt, wurde vom Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchiv eine Photokopie des Originals erbeten, die bereitwillig geliefert wurde und sich nun im Landesarchiv befindet.

Wir wissen, dass Liechtenstein seine Souveränität dadurch erlangte, dass es Mitglied des 1806 gegründeten Rheinbundes wurde.

Seit dem Winterfeldzug 1812 in Russland war Napoleons Stern im Sinken. Im folgenden Jahre verlор er die Völkerschlacht bei Leipzig, und der Besiegte wurde 1814 nach Elba verbannt, von wo er aber entfloh. Am 1. März 1815 landete er in Südfrankreich, und nun überstürzten sich die Ereignisse seiner «Herrschaft der hundert Tage»: Bereits am 20. März ist Paris — und damit praktisch ganz Frankreich — in seiner Hand, und am 25. März schliessen die Grossmächte Österreich, Russland, Grossbritannien und Preussen die «Grosse Allianz» auf dem Wiener Kongress, der durch Napoleons Erscheinen und Erfolg jäh aus seiner Ruhe aufgeschreckt worden war.

Am 27. April schliessen sich einundzwanzig deutsche Staaten und freie Städte dieser grossen Allianz an. Das Vertragsdokument beginnt mit den Worten «Im Namen der heiligsten und unteilbaren Dreifaltigkeit» und erklärt, die Königlichen Hoheiten, Durchlauchten und freien Städte seien «beseelt von dem Wunsche, ihre Anstrengungen zu vereinigen, um die Ruhe Europas zu garantieren». Es soll alles unternommen werden, um Napoleon ausserstande zu setzen, den allgemeinen Frieden zu stören.

Der Kaiser von Österreich (mit dem der Vertrag auch für die anderen Mitglieder der Grossen Allianz geschlossen wird) verpflichtet sich auch im Namen seiner Bundesgenossen, die aufzustellenden Armeen nicht ohne besondere Rücksicht auf die Interessen der einundzwanzig Vertragspartner einzusetzen und es nicht zu dulden, dass